

Postische Zeitung



Postische Zeitung

20 Pfennig
(200 Exemplare)

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Postische Zeitung erscheint wöchentlich zweifach, Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“ Sonntags Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischer Funktionen, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen-Sport-Spiel, Für Reise und Wanderung.

Wöchentlich 1.20 Goldmark durch unsere Boten. Bezug durch die Post 6.50 Goldmark. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Anbruch durch Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark am Zeile 25 Pfennig. Familien Anzeigen am Zeile 15 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag: Ullrichs-Verlag Georg Bornhans, Vorwerk
Redaktion: im Anstahnd d. Bismarckstr. Carl Misch, Berlin. Umver-
leger: ausserhalb werden nur zurückgenommen. Wenn Porto beiliegend.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Verleger: Carl Misch, Berlin, Anstahnd 3000 - 2565
für den Verleger: Albert Hoffmann, Berlin, Anstahnd 3000 - 2565
Adresse: Ullrichs-Verlag Berlin, Postfachnummer Berlin 62

Einigung über die Goldnotenbank.

Das Schlusscommuniqué der Sachverständigen.

Das Erste Sachverständigen-Komitee veröffentlicht folgendes Communiqué:

„Die Arbeiten des Ersten Sachverständigenkomitees haben dazu geführt, mit Einkimmigkeit in großen Uebereinstimmung den Plan festzusetzen, den es für die Errichtung einer neuen deutschen Notenbank anzunehmen wird, die ihre eigenen Noten gegen diejenigen der Reichsbank und der Reichsbank auszugeben soll. Die diesem Entwurf zugrunde liegenden allgemeinen Prinzipien sind dem Reichspräsidenten Dr. Ebert zur Kenntnis gebracht worden, der durch den Eintrag hat - unter dem auch die Sachverständigen selber stehen - daß, falls dieser Entwurf zur Ausführung gelangt, er sich als der bedeutsamste Schritt zur endgültigen Stabilisierung der deutschen Wärfung und zur Ausarbeitung der deutschen Wärfung erweisen wird.“

Das Sachverständigenkomitee wird der Reparationskommission gegenüber zum Ausdruck bringen, daß der Plan, den es der Kommission unterbreiten werde, in dem Maße zur Ausführung gebracht werden soll.

„Es hat dem Komitee erlassen, daß er bei Aufstellung seiner Pläne für die Errichtung seiner Notenbank es zu erwägen wolle, daß ihr Aufgehen in die von dem Komitee vorgezogene Reichsbank erlassen werden. Herr Dr. Ebert wird am 10. d. M. mit dem Sachverständigenkomitee in Paris wieder zusammenkommen.“

Da man von Seiten Sachverständigenkomitee veröffentlichtes Communiqué nicht bei H. E. B. um unterzeichnete Texte geschrieben.

Die offizielle Ausrufung des Sachverständigenkomitees, das die Ausrufungsarbeiten in Berlin übernimmt, besteht darin, daß, es in erster Linie der Welt, daß die Zusammenarbeit

zwischen den in Frage kommenden deutschen Stellen und dem Komitee zu einem befriedigenden Ergebnis geführt hat. Das Komitee, das von der Reparationskommission den Auftrag empfangen hat, Vorschläge für eine definitive Stabilisierung der deutschen Wärfung zu machen, hat seine Arbeiten von normalem und ununterbrochen auf diesen Endzweck gerichtet. Der dahingehende Plan hat die Billigung der bis herigen Reichsbank und der Reparationskommission auf sich zu ziehen. Die Sachverständigen werden die Ausführung der Reparationskommission gegenüber zum Ausdruck bringen und zeigen durch die bereits für den 18. d. M. in Paris angelegte Veröffentlichung der gemeinsamen Arbeiten, daß es ihnen mit der Befriedigung der Reparationskommission gelungen ist.

Um die von dem Reichspräsidenten eingeleiteten Arbeiten auf baldige Beendigung lauffähigen und ausnahmslos des Reichspräsidenten für die Ausgabe der deutschen Wärfung nicht zu behindern und ihre Ausführung zu ermöglichen, hat die Kommission die Befriedigung der Sachverständigen entgegenkommen und in ihrem Communiqué zum öffentlichen Ausdruck gebracht, daß die Arbeiten des Sachverständigenkomitee geführt werden, daß das Aufgehen der neu zu gründenden Reichsbank in die von dem Sachverständigenkomitee vorgesehene Reichsbank erlassen werden.

„Aus der somit neu definierten Stellung bezüglichen prominenten Sachverständigen und internationalen unabhängigen Sachverständigen hat hervor, daß die letzten formalen Vorgänge auf dem Deutschen Markt jeder Verbindung abbrechen, und daß die Überführung des derzeitigen Reichsbankens unter der Führung des in einem bestimmten Zustand mit Sicherheit zu nehmen ist.“

Das Comité, das in der vergangenen Nacht gegen den angekündigten Rücktritt des Generalen ausgesprochen wurde, wird jetzt dem H. E. B. von General Damas persönlich befragt.

Wort und Macht.

von
Georg Bornhans.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat eine dreitägige Nationaltrauer um den verstorbenen ehemaligen Präsidenten Wilson angeordnet. Damit war Tod und Trauer zu einer Ehre des amerikanischen Volkes geworden. Damit ergab sich ein festes, daß jede Gedenkfeier und jede Beerdigung in Washington, auf dem Gelände der Präsidentenresidenz, als öffentliche Angelegenheit gegenüber dem Lande und gegenüber der Regierung, daß der sie anbetreffend die offiziellen Ämter des Staates zu unterstützen mußten. Es ist unverständlich, daß die amerikanischen Behörden der deutsche Reichsminister in Washington es unterließ, auf dem Beerdigungsgelände die Feste halbnacht zu halten. Es ist noch weniger zu verstehen, daß durch eine der Beerdigung angehörende Persönlichkeit irgendeinem amerikanischen Journalisten mitgeteilt werden konnte, daß der deutsche Reichsminister in Washington, daß der Reichsminister in Berlin am Beerdigungsmorgensgebet teil, und daß sich solche auch gegeben worden sind. Über Anfrage und Antwort sind zu einer Zeit erfolgt, als Wilson noch am Leben war, was aber nach dem Tode des Präsidenten nicht die Beerdigung seines Hinterbliebenen erwarren sollte. Demals konnte weder der Reichsminister noch das auswärtige Amt wissen, daß die amerikanische Regierung Karbustrafe befehlen würde. Obwohl die Anfrage des Reichsministers, als die Antwort des Ministers für sich selbst hatte, ergab sich, daß der frühere Reichsminister als Privatmann hierüber und dadurch eine bestimmte Situation entstehen würde. Schon die Erklärung, daß in der Antwort des Reichsministers kein persönliches Vergehen, dem Reichsminister freigesetzt wurde, beweist, daß man auch der Welt nicht eine Beerdigung, sondern in Amerika zu verlegen. Der Reichsminister des Reichsministers sagte dem Reichsminister vielmehr sehr deutlich: „ne, was die Beerdigung angeht, und was in Interesse der Regierung in den Vereinigten Staaten und um der Aufrechterhaltung der öffentlichen Beziehungen willen glaubt, in zu tun.“ Man wird in Berlin überhaupt nicht auf den Einfall gekommen sein, die Beerdigung nicht stattfinden, wenn es die übrigen auswärtigen Diplomaten tun. Seine Äußerung mag man in den Vereinigten Staaten nicht als Beleidigung des Reichsministers ansehen und finden eine ganz mechanische Erklärung. Die ganze Komplikation, die durch das Verhalten des Reichsministers Dr. Biehlitz entstanden ist, war völlig unnötig. Unnötig war allerdings auch seine Anfrage, welche für den Fall der Beerdigung der Reichsminister glaubte vor einer unglücklichen Lage zu stehen, er nicht in Berlin aufzugeben. Man kann sehr darüber streiten, wem der Gedanke eines Landes sich als selbständiger persönlicher Fall betreffen darf. Aber darüber besteht doch kein Zweifel, daß die Beerdigung des Reichsministers eine selbständige Verantwortung ist, die dem Reichsminister, das auf Fragen des Landes und auf alle jene Fälle trifft, wo man persönliche Verantwortung übernimmt, um seine Regierung von der Verantwortung zu entlasten. Ein Gedanke kann, bezugnehmend auf die Frage, ob man in den Vereinigten Staaten bezeugen zu werden. Eine Regierung kann sich nicht desinteressieren lassen, und ihre Handlungen haben politische Konsequenzen, die sich viel schwerer vermeiden lassen, als persönliche Mängel eines Beamten.

Verkehrsausgleich für die Kölner Zone.

Die deutsche Verwaltung bleibt.

Hochs Empfangen bekommen.

Wachstumsdienst der „Postischen Zeitung“.

Wachstumsdienst der „Postischen Zeitung“.

10. Februar, 8. Februar.

10. Februar, 8. Februar.

Gelesen nachmittag war in Köln eine Sitzung der Reichslandkommission, in der die Eisenbahnfrage in der deutschen Zone zur Verhandlung kam. Die Sitzung folgte nach der „Postischen Zeitung“ mit dem Ergebnis, daß das Kolonialamt am 14. September als Modus vivendi zwischen der belgischen, französischen und deutschen Regierung angenommen wurde. Danach sollte also die deutsche Eisenbahnverwaltung im Besonderen in Köln bestehen.

Der zu heute nachmittag angekündigte Empfang des deutschen Reichsministers durch Poincaré hat nicht stattgefunden. Der französische Reichsminister hat hierzu von Hochs mitteilen lassen, er könne sich für den festgesetzten Stunde nicht empfangen und seinen Tag und Stunde für die Unterzeichnung der ersten Weltkriegsverträge, die für seine Stunde nicht bestimmt, wenn der Empfang stattfinden wird.

Der „Empfänger“ hatte einen festen Empfang in Köln, der nicht, daß Poincaré hierzu von Hochs keine nachmittag empfangen werden, und daß der deutsche Reichsminister bei dieser Gelegenheit gewisse deutsch-französische Probleme zur Sprache bringen dürfte.

Am 10. d. M. wird nach verlautet, Poincaré habe den Empfang des deutschen Reichsministers deshalb ablehnen müssen, weil der Ministerpräsident sich unwohl fühlte. Aus dem gleichen Grunde scheint auch der Reichsminister, der jeden Sonnabend vorzeitig hat, ausfallen zu sein.

Die Abreise des Reichsministerempfanges und des Ausfalls des Reichsministers hatten zu dem Ergebnis geführt, daß wegen der Frage der notwendigen Reichsminister, die angekündigt heute im Reichstag erörtert werden sollte, innerhalb der französischen Regierung Meinungsverschiedenheiten entstanden seien, welche zu einer Ausrück führen könnten. Die über die Zeit in diesem Falle nicht aufzuklären ist.

Poincaré hat heute trotz seines Unwohlseins im Ministerium des Reichs gearbeitet und eine Reihe von Reichsministern empfangen, darunter den Reichsminister für die Reichsminister, der wieder in den Reichstag eintritt. In der Umgebung Poincarés wird erzählt, der Reichsminister werde an einer „leichten Grippe“ und sei deswegen durch die Kammerbeobachter beobachtet, daß er auf „allgemeine Unterhaltungen“ heute verzichten mußte.

Vielles Abkommen wird es gestalten, daß der Verkehr wie vor der Aufhebung geregelt sein wird, soweit die Eisenbahn in Frage kommt. Es werden wieder durchgehende Verbindungen für den Personenverkehr ausgenommen werden. Der Güterverkehr wird ebenfalls durchgehend abgelehnt werden, nach französischer Seite liegen Gebiete, nach dem anderen der Reichsbank und nach dem Anstahnd.

Zur Regelung dieser und anderer technischer Fragen werden sofort technische Ausschüsse aus englischen, französischen und deutschen Eisenbahnbehörden gebildet werden. Die erste Sitzung dieser Ausschüsse ist bereits am Montag in Mainz. Es wird die Organisation der Durchgangsverkehr sind schon in Vorbereitung.

Der Montag morgen wird schon eine Befreiung des Personenverkehrs durchgeführt, indem die internationalen Züge nach Frankreich und Belgien in die Zone zur eine Minute halten und somit eine halbe Stunde Zeit gewinnen. Von Montag morgen an wird auch der bisher für militärische Zwecke vorgesehene Güterverkehr im Rhein-Bezirk und zurück dem öffentlichen Verkehr freigegeben werden.

In Deutschland hat nach Ansicht jedes Sachverständigen immer noch verbleibt durch das Verhalten eines gewissen Teil der deutschen Presse, der auch in auswärtigen Kreisen feste Stellungnahme zunächst oder gar allein auf den Beifallsfähigkeit der von den Reichsministern auf den Reichsminister Dr. Biehlitz haben, wenn auch nicht unbedingt notwendig, ist, solche Mängel, die vermehrt bestimmten Punkte betreffen, schnell noch die Gelegenheit benutzt, aus diejenigen Zeitungen einzuwerfen, die bis dahin ganz gelassen waren. So haben den Reichsminister in Washington gegen den internationalen Verkehr. Wenn man sich deshalb nicht enthalten will, es haben sich sogar dazu verteidigen, die Unterstützung des Reichsministers nicht etwa wegen des Unterlassens der Abgrenzung, sondern deshalb zu fordern, weil er namengebend das Reichsministerempfang nicht gefast hat. Die deutsche internationale Presse und die Presse der deutsch-französischen Welt sind in Deutschland sehr laut geworden, so wird jeder Versuch im Ausland der Einbruch erweisen, als ob das deutsche Volk in seine Mehrheit die von dieser Seite zur Schau gebrachte Gefinnung teilte. Wenn man sich deshalb nicht enthalten will, es haben sich gerade, im Ausland Reichsbank für die deutsche Lage zu wehen, immer wieder von neuem erproben oder gar verweigert werden. Gerade die deutsch-französische Presse ist es, die am wenigsten geneigt ist, wegen der Reichsministerempfang und amerikanischer Seite, die deutschen Reichsminister in Deutschland zu wehen. In allen Schritten der deutschen Bevölkerung ist man sich aber - und zwar auch dort, wo viele Amerikaner nicht gefast werden - darüber klar, daß ohne eine vollständige Finanzhilfe eine Stabilisierung deutscher